
FDP

Die Liberalen

FREISINNIG DEMOKRATISCHE PARTEI

PIETERLEN





**mehr grün
mehr leben**



STAUFFER AG

Bruno Stauffer AG • Gartenbau • Romontweg 6 • CH - 2542 Pieterlen
Tel. 032 377 20 20 • Fax 032 377 20 26 • www.stauffergaerten.ch

[kompetenz]

ist gefragt - und wir bieten sie ihnen
im holzbau!



sidler holzbau

zimmerei - innenausbau - cellulosedämmung - renovationen

konsumweg 3 - 2542 pieterlen
tel. 032 / 377 11 38 - fax 032 / 377 18 05
sidler-holzbau@bluewin.ch

PRÄSIDENT
KASSIER
SEKRETAERIN
REDAKTOR

ERNST SIDLER
PETER RUEGG
MARIANNE SCHNEIDER
UELI ANLIKER

Die Demokratie ist die schlechteste
aller Staatsformen, ausgenommen
alle anderen. Winston Churchill

Bedrohte Demokratien

Demokratie kommt aus dem Griechischen und heisst „Herrschaft des Volkes“. Das bedeutet in unserem heutigen Verständnis, dass das Volk mindestens seine Vertreter in Parlament und Regierung wählen kann.

Nun nennen sich fast alle Staaten der Welt Demokratien, und sogar im kommunistischen Kuba und in der „Demokratischen Republik Nordkorea“ gibt es Wahlen und Parlamente. Das zeigt, dass Wahlen allein noch keine Demokratie ausmachen. Zu einer echten Demokratie gehört auch ein Rechtsstaat, der die Grundrechte des Einzelnen, unabhängige Gerichte und eine freie Presse garantiert.

Nimmt man diesen Massstab, schrumpft die Zahl der demokratischen Staaten massiv. Derzeit gelten nur etwa 15 % aller Länder als vollständige Demokratien. Selbst in Europa werden demokratische Grundsätze durch populistische Bewegungen zunehmend in Frage gestellt und verletzt. Dies geschieht oft auf subtile Weise und Schritt um Schritt. So wird zum Beispiel in Polen durch die Zwangspensionierung von Richtern das oberste Gericht entmachtet. In Ungarn wird die Gewaltentrennung durch eine umstrittene Verfassungsrevision faktisch aufgehoben. Und in Russland und in der Türkei werden unabhängige Presseorgane verboten und Journalisten und Regimegegner kaltgestellt, so dass der Ausgang der Wahlen von vornherein klar ist.

Angesichts solcher Demokratiedefizite haben wir in der Schweiz geradezu idyllische Verhältnisse. Grundrechte und Gewaltentrennung sind gewährleistet, und die Presse ist unabhängig. Bei uns werden Abstimmungen und Wahlen korrekt und fair durchgeführt und deren Resultate respektiert. In unserer direkten Demokratie haben wir weitergehende Mitbestimmungsrechte als die Bürger in anderen Demokratien (und können zum Beispiel darüber abstimmen, ob Kühe mit Hörnern zusätzlich subventioniert werden sollen!).

Aber die Demokratie ist ein verletzliches Gebilde, zu dem auch wir Sorge tragen müssen. Wenn zum Beispiel das Initiativrecht von gewissen Parteien immer mehr als Wahlkampfinstrument missbraucht wird oder wenn gegen nahezu jedes Gesetzesprojekt das Referendum ergriffen und die Gesetzgebungskompetenz des Parlaments geschwächt wird, stört das längerfristig unser demokratisches System.

Zu Sorge Anlass gibt aber insbesondere der Umstand, dass ein grosser Teil unserer Bevölkerung, sich gar nicht mehr am politischen Leben beteiligt. So haben im letzten März in Pieterlen gerade noch 20,8 % der Stimmberechtigten an den kantonalen Wahlen teilgenommen, und auch bei Volksabstimmungen liegt die Stimmbeteiligung meist nicht viel höher. Wenn aber das Volk – oder ein grosser Teil davon – seine politischen Rechte nicht mehr wahrnimmt, verliert die Demokratie ihren eigentlichen Sinn.

Besonders bedenklich stimmt die politische Abstinenz im Hinblick auf die nächsten Gemeindewahlen. Wenn 80 % der Stimmberechtigten nicht an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen, fallen sie höchstwahrscheinlich auch als Kandidatinnen und Kandidaten für ein Amt in einer Behörde weg. Und auch unter den verbleibenden 20% findet sich kaum noch jemand, der sich für ein öffentliches Amt zur Verfügung stellt.

Die Ortsparteien versuchen zwar mit verschiedenen Aktionen, das Interesse am öffentlichen Geschehen in der Gemeinde zu wecken. Bisher allerdings mit bescheidenem Erfolg, und ein Wunderrezept gibt es nicht. Leider ist absehbar, dass es in unserer Gemeinde künftig noch weniger vom Volk gewählte Behördenmitglieder geben wird, so dass noch mehr Aufgaben von der Verwaltung übernommen werden müssen. Dadurch werden unser Milizsystem und unsere Demokratie, auf die wir doch so stolz sind, nachhaltig geschwächt.

Ueli Anliker

FDP
Die Liberalen

Volksabstimmungen vom 25. November 2018

A. Eidgenössische Vorlagen

1. Volksinitiative «Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere (Hornkuh-Initiative)»

Die Urheber der Initiative um den Bergbauer Armin Capaul aus Perrefitte wollen mit einer zusätzlichen Subvention für horntragende Kühe und Ziegen erreichen, dass weniger Tiere enthornt werden.



Dem Initianten geht es um die Würde des Tieres. Er ist aber auch überzeugt, dass die Milch von Hornkühen besser und gesünder ist, als diejenige von hornlosen Tieren.

Die Initiative wird unterstützt von der Kleinbauernvereinigung, vom Verband „Biosuisse“, vom Schweizer Tierschutz, von „Pro Natura“, „Pro Specie Rara“ und weiteren Organisationen. Auch die SP und die EVP haben die Ja-Parole beschlossen.

Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative ohne Gegenvorschlag ab. Sie sind der Meinung, dass es nicht Aufgabe des Staates sein kann, die Haltung von behorneten Kühen zusätzlich zu unterstützen. Ob ein Bauer seinen Tieren die Hörner belässt oder ob er Kälber enthornt ist sein persönlicher Entscheid. Gründe dafür oder dagegen können wirtschaftliche Aspekte, Stallhaltungssysteme oder aber persönliche Interessen und Erlebnisse sein. Der Schweizerische Bauernverband hat Stimmfreigabe beschlossen.

Die FDP lehnt die Initiative ab.

Parolen

FDP Schweiz (Präs.konferenz)

FDP Kanton Bern

NEIN (einstimmig)

noch nicht bekannt

2. Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)»



Die SVP will mit dieser Initiative den Vorrang des Verfassungsrechts gegenüber dem Völkerrecht verankern und die Behörden verpflichten, der Verfassung widersprechende völkerrechtliche Verträge anzupassen und nötigenfalls sogar zu kündigen! Weiter sollen völkerrechtliche Verträge, die nicht dem Referendum unterstanden, für das Bundesgericht und die anderen rechtsanwendenden Behörden nicht mehr massgebend sein.

Die Initianten erklären, dass die Selbstbestimmungsinitiative (SBI) das Stimmrecht der Bürgerinnen und Bürger und die direkte Demokratie schütze und die rechtliche Selbstbestimmung der Schweiz erhalte. In ihrem Visier stehen aber in erster Linie die Europäische Menschenrechtskonvention und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg.

Bundesrat, Parlament und alle Parteien mit Ausnahme der SVP lehnen die Selbstbestimmungsinitiative (SBI) mit Überzeugung ab. Die neuen Verfassungsbestimmungen würden die Behörden zwingen, sich über bestehende vertragliche Verpflichtungen hinwegzusetzen. Das widerspricht unserer Rechtskultur. Das Völkerrecht ist nicht fremdes Recht, wie die Initianten behaupten. Unter Völkerrecht versteht man im Wesentlichen die sehr grosse Zahl von Verträgen, die die Schweiz freiwillig und im eigenen Interesse mit anderen Staaten oder Organisationen abgeschlossen hat. Solche Verträge können, wenn das in unserem Interesse ist, jederzeit gekündigt werden.

Der Angriff auf das Völkerrecht schwächt die Position der Schweiz im Verkehr mit anderen Staaten. Gerade für kleine Länder wie die Schweiz ist das Völkerrecht ein wichtiges Instrument zur Wahrung der Interessen gegenüber mächtigeren Staaten.

Eine Annahme der Initiative würde aber auch die international gültigen Menschenrechte einschränken und hätte gravierende Auswirkungen auf die schweizerische Aussen- und Aussenwirtschaftspolitik, weil die Schweiz nicht mehr als verlässliche Vertragspartnerin angesehen würde.



Parolen

FDP Schweiz
FDP Kanton Bern

NEIN **293 zu 10 Stimmen**
noch nicht bekannt

FUX
AHRSCHULE PIETERLEN

by Bifang Garage • Bielstrasse 12a • 2542 Pieterlen

• Theorie • VKU Kurse • Praktische Ausbildung

h.fux@bifanggarage.ch

079 208 29 29

Verkehrskundeunterricht (VKU): Kursdaten nach Absprache

3. Bundesgesetz über den Allg. Teil des Sozialversicherungsrechts (Gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten)



Auslöser für diese Gesetzesrevision war ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, der feststellte, dass in der Schweiz eine klare gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten fehle. Wegen dieses Urteils mussten die IV und die Unfallversicherer ihre Beobachtungen einstellen.

Mit der vorliegenden Gesetzesänderung soll es wieder möglich sein, dass speziell ausgebildete Versicherungsdetektive IV-Bezüger, Arbeitslose und Krankenversicherte bei Verdacht auf Missbrauch observieren dürfen.

Die bürgerliche Parlamentsmehrheit ist der Ansicht, dass die Überwachung im öffentlichen Interesse liegt, weil nur so Missbräuche der Sozialversicherungen aufgedeckt werden können. So hätten zum Beispiel Überwachungsbilder eine IV-Bezügerin gezeigt, die gemäss Arztzeugnis kaum gehen konnte, wie sie auf Highheels davongestöckelt sei.

Grüne und SP-Vertreterinnen erachten die Überwachung als unverhältnismässigen Eingriff in die Privatsphäre. Wegen wenigen Personen, die zu Unrecht Leistungen bezögen, dürften nicht alle unter Generalverdacht gestellt werden. Sie haben denn auch das Referendum gegen dieses Gesetz ergriffen.

Die FDP ist der Meinung, dass der Eingriff in die Privatsphäre in Kauf genommen werden muss, damit Betrügereien beim Bezug von Sozialleistungen wirkungsvoll bekämpft werden können.

Parolen

**FDP Schweiz
FDP Kanton Bern**

JA 246 zu 26 Stimmen
noch nicht bekannt

4. Kantonale Vorlagen

1. Steuergesetzrevision



Im Kanton Bern bezahlen sowohl natürliche als auch juristische Personen seit Jahren wesentlich mehr Steuern als Steuerpflichtige in anderen Kantonen. Weil viele Kantone in den letzten zehn Jahren die Gewinnsteuersätze für Unternehmen gesenkt haben, wird der Kanton Bern immer weniger attraktiv.

Mit der Steuergesetzrevision 2019 soll deshalb die Gewinnsteuerbelastung für jene Unternehmen gesenkt werden, die im interkantonalen Vergleich eine besonders hohe Steuerbelastung aufweisen. Die Steuer für Gewinne über 63'000 Franken soll bis 2020 in zwei Schritten von 21,64 % auf 18,71 % gesenkt werden.

Das führt im Jahr 2019 voraussichtlich zu Mindereinnahmen des Kantons von rund 45 Millionen Franken und ab 2020 zu Mindereinnahmen von rund 103 Millionen Franken. Bei den Gemeinden werden die Mindereinnahmen rund die Hälfte davon betragen. Der Regierungsrat und die Mehrheit des Grossen Rates sind aber überzeugt, dass ohne Anpassung der Gewinnsteuersätze Unternehmen wegziehen würden und Arbeitsplätze verloren gingen.

Ein Komitee „Keine Steuergeschenke für Grosskonzerne“ hat gegen die Gesetzesrevision das Referendum ergriffen.

Die FDP und die anderen bürgerlichen Parteien unterstützen die Vorlage. Sie weisen unter anderem darauf hin, dass der Kanton Bern bei der maximalen Gewinnsteuerbelastung auf Rang 23 zurückgefallen ist (2001 noch Rang 5!), und deshalb für gewinnstarke Unternehmen immer weniger attraktiv ist. Der Berner Handels- und Industrieverein ist sogar der Meinung, dass die Revision zu wenig weit geht, weil der Kanton Bern damit im Steuerwettbewerb immer noch nicht im Mittelfeld angelangt ist, und weil die Belastung der natürlichen Personen unverändert hoch bleibt.

Parole der FDP

JA 113 zu 0 Stimmen

2. Kredit für die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden 2018 – 2020

Im Mai 2017 hat das Berner Stimmvolk einen Kredit von 105 Mio. Franken für die Asylhilfe abgelehnt. Der Regierungsrat hat deshalb für die Unterbringung der jungen Asylsuchenden ein neues Konzept ausgearbeitet, das insbesondere tiefere Tagespauschalen und einen Abbau von Leistungen vorsieht und bis 2020 noch 38 Mio. Franken kosten soll. Der Grosse Rat hat diesem Kredit zugestimmt.

Die SVP findet die Kosten immer noch zu hoch. Sie ist der Meinung, dass der Bundesbeitrag von 1'500 Franken pro Monat, den der Kanton pro Asylsuchenden erhält, ausreichen soll. Sie hat deshalb das Referendum ergriffen.

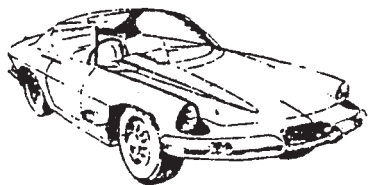
Die FDP unterstützt mehrheitlich die Vorlage, die gegenüber dem vom Volk abgelehnten Kredit wesentliche Einsparungen vorsieht.

Parole der FDP

JA 101 zu 8 Stimmen



FDP
Die Liberalen



Max Egger
Auto-Elektrik-Service
2542 Pieterlen

Juraweg 3

Telefon 032 377 21 72

pbk

TREUHAND

TREUHAND

PERSONAL

STEUERN

MWST

IMMOBILIEN

VERSICHERUNGEN

VORSORGE

pbk Treuhand und Controlling AG - Kürzeweg 25 - 2542 Pieterlen
Tel 032.626.30.62 - www.pbk-treuhand.ch



Radio TV Reber

Bahnhofstrasse 2 • 2542 Pieterlen • Tel 032 377 17 43
mail@rtvreber.ch • www.rtvreber.ch

Electro-Friedli

GRENCHEN • PIETERLEN • OBERWIL

Tel. 032 377 32 32 • Fax 032 377 12 36 • info@electro-friedli.ch • www.electro-friedli.ch

Aus dem Gemeinderat

Eine Gemeinde im Wandel, im Wachstum oder auch in «rasender» Weiterentwicklung. Pieterlen ist nicht mehr das beschauliche, kleine Bauerndorf am Jurasüdfuss von einst, welches viele Jahre als Durchfahrtsort auf der Kantonsstrasse zwischen Solothurn und Biel bekannt war, von vielen Bürgern und Bürgerinnen leider nur als «Schlafgemeinde» genutzt wurde und wo die Bevölkerungsentwicklung Jahrzehnte lang stagnierte.

Während rund 30 Jahren, von den 70er Jahren bis anfangs 2000 lag die Einwohneranzahl stets zwischen 3200 und 3400. Seit dem Jahr 2010 nimmt die Bevölkerung von Pieterlen aber jährlich um über 100 Einwohner und Einwohnerinnen zu. Die aktuelle Einwohneranzahl beträgt beim Druck dieses Bulletins: **4432!**

Die «Perle am Jurasüdfuss» wurde also innerhalb von wenigen Jahren, sehr rasch und offensichtlich zu schnell zur «Perlenkette», die es nun mit all ihren Stärken und Schwächen, aber auch Chancen und Risiken, zu pflegen gilt, damit der Glanz nicht für immer «verblasst».

Wachstum bringt Fortschritt, Weiterentwicklung, im besten Falle Wohlstand und verbesserte Lebensqualität. Wachstum bringt aber auch grosse Herausforderungen an die Raum- und Investitionsplanung mit teilweise überdurchschnittlichen Kosten. Gewisse Infrastrukturen stossen an ihre Kapazitätsgrenzen und führen zu Fixkostensprüngen.

Pieterlen hat sich, und da sind wir uns wohl alle einig, nach langer Stagnation, in den letzten 7 Jahren mit einem Bevölkerungszuwachs von 20 % zu schnell und zu viel vergrössert. Das gilt es nun zu «verdauen» und die richtigen Weichen für die künftige Ortsentwicklung und Bevölkerungsstruktur zu stellen. Es nützt nichts, zurück zu schauen und immer wieder die Gründe dafür aufzuzählen, warum es so ist. Wir müssen gemeinsam die heutigen und morgigen Herausforderungen richtig und nachhaltig anpacken! Dafür braucht es nicht nur die Politik, die Behörden und die Verwaltung, sondern auch eine aktive und interessierte Bevölkerung, welche anpackt und sich einbringt. So wie bei den öffentlichen Mitwirkungsveranstaltungen, wo die Meinung und die guten Ideen der Einwohner und Einwohnerinnen gefragt und nötig sind oder bei den Gemeindeversammlungen, wo die Bürger und Bürgerinnen über wichtige und zukunftsgerichtete Geschäfte unserer «Perlenkette» abstimmen sollen.

Mitwirken und mitbestimmen, heisst mitsteuern und mitgestalten. Wir freuen uns auf Ihre Beteiligung, Unterstützung und das Mitgestalten unserer schönen Gemeinde, ganz nach einem der Leitsätze unseres Leitbildes: Pieterlen, wo ich mich daheim und integriert fühle!

Ich zähle auf Sie und danke für die vielen, schönen Kontakte und Gespräche, aber auch für die Zusprüche und die Unterstützung. Wir wollen den «harten und steinigen» Weg für unser Pieterlen konsequent weiter beschreiten!

Herzliche und bunte FDP-Herbstgrüsse!

Beat Rüfli, Gemeindepräsident

Legislaturziel Präsidiales 2016-2019: Die Gemeindeorganisation ist den aktuellen und künftigen Bedürfnissen anzupassen

Der Gemeinderat hat das Projekt «Überprüfung und Optimierung der Gemeindeorganisation» mit einem Projektteam unter der Leitung des Gemeindepräsidenten, dem Leiter Präsidiales und einem externen Fachexperten im Sommer 2018 gestartet.

Er beabsichtigt eine zukunftsgerichtete und optimierte Gemeindeorganisation zu schaffen und unter Berücksichtigung des Bevölkerungswachstums, von Veränderungen im Gemeindeumfeld sowie unter Einbezug der Bevölkerung und Parteien eine neue Gemeindeordnung auszuarbeiten. Mit diesen Massnahmen soll das Legislaturziel „Neue Gemeindeordnung 2020“ erreicht werden. Bei diesem herausfordernden Veränderungsprozess werden alle Beteiligten in der Behörde und der Verwaltung in Workshops einbezogen sowie die Parteien zur Stellungnahme eingeladen. Am Dienstag, 26. März 2019 sind eine Information und ein Austausch mit den Ortsparteien geplant.

Ortplanung Teilrevision 2018/2019 – Entwicklungsstrategie

Im Rahmen der Teilrevision Ortsplanung und in Zusammenarbeit mit der Spezialkommission Ortsplanung und Fachexperten, hat der Gemeinderat beschlossen, eine Entwicklungsstrategie 2035 zu erarbeiten. Rund 50 interessierte Bürger und Bürgerinnen haben am 22.10.2018 in einer öffentlichen Werkstatt zu den Themen Siedlung, Landschaft und Mobilität teilgenommen.

Stand Umbau - Pfarrhaus Pieterlen in KITA

Die Spezialkommission und der Gemeinderat sowie die ausführenden Unternehmen sind bereit, das anspruchsvolle Projekt umzusetzen. Leider verhindert nach wie vor die Einsprache einer behördlichen Fachstelle den Projektstart.

Schulraumplanung – Bau modularer Schulraum

Das Bauprojekt Modularer Schulraum ist gemäss Planung angelaufen. Die Bauteile sind in Produktion, die Tiefbauarbeiten für Fundament und Versorgungsleitungen sind in vollem Gange und haben die bisherige Grünfläche zwischen Musikhaus und Alter Turnhalle stark verändert.

Austausch mit dem Gewerbe und Handwerkern – Gewerbeapéro 2018

Der Gewerbeapéro 2018 fand dieses Jahr auf dem Breitenhof der Familie Urs und Monika Tellenbach statt. Die Gastgeber informierten die rund 60 Teilnehmenden über die Herausforderungen und Freuden Ihres Landwirtschaftsbetriebs, aber auch über die Strategie und die Produkte, welche sie mit viel «Herzblut» und Einsatz ganz nach dem Motto: «Wunderbares aus der Nähe» für uns produzieren. Diese feinen Produkte haben die Teilnehmenden anschliessend bei einem Apéro geniessen können. Wie immer orientierte der Gemeinderat die Gewerbetreibenden über aktuelle Themen.

Gemeindeversammlung Pieterlen – Mittwoch, 05. Dezember 2018

Der Gemeinderat freut sich über die steigende Anzahl der Stimmberechtigten an den letzten Gemeindeversammlungen. Wir rufen Sie deshalb auf, unbedingt an der nächsten Gemeindeversammlung teilzunehmen!

Das herausfordernde Budget 2019 und die Finanz- und Investitionsplanung 2019-2023 werden mit Detailinformationen und Vergleichszahlen (Benchmarking) vorgestellt. Zudem werden Sie aus den Departementen mit aktuellen Mitteilungen über die Geschäfte und Entwicklung unserer Gemeinde informiert werden.

Vorgängige Informationsveranstaltung: 19.00 Uhr Vorstellung Projekt «Pieterlen – Senioren-wohnungen am Dorfplatz» der Firma PGIMMOSERVICE AG. Die ersten Wohnungen sind im Juni 2019 bezugsbereit. <http://www.pg-immoservice.ch/projekt/pieterlen>

Wir freuen uns auf Sie, bis dann am 05.12.2018!

Beat Rüfli, Gemeindepräsident

PRINT
HERTIG

Hertig + Co. AG
Werkstrasse 34
3250 Lyss
Tel. 032 343 60 00
info@hertigprint.ch
www.hertigprint.ch



**Ihr zuverlässiger Partner
für Drucksachen in Lyss**



Bahnhofstrasse 1

2542 PIETERLEN

☎Tel. : ++ 41 32 377 33 33

☎Fax : ++ 41 32 377 33 63

✉Mail : info@kloesterli-pieterlen.com

Internet: www.kloesterli-pieterlen.com

**Das Klösterli ist ein behagliches, komfortables Restaurant in
Pieterlen, direkt an der Hauptstrasse zwischen Biel und
Solothurn. Grosser Parkplatz.**

Öffnungszeiten:

Montag – Freitag 08.00 – 23.30

Samstag 16.00 – 23.30

Sonntag geschlossen – geöffnet für Anlässe ab 10 Personen



Ihr starker Partner im Bürobereich

www.papeterieschlup.ch

Büromöbel · Büromaschinen · Bürobedarf · EDV-Zubehör
Grösstes Sortiment an Druckerpatronen in der Region · Geschenkartikel
Spiele · Fantasie- und Schulartikel · eigener Servicetechniker

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Papeterie Schlup AG · Solothurnstrasse 15 · 2543 Lengnau BE
Tel. 032 653 16 11 · Fax 032 652 02 81 · info@papeterieschlup.ch

bizfit

Ihr Personal Coach und
Sparringpartner.

Für einen gesunden und dauerhaften Unternehmenserfolg.

bizfit, Alte Landstrasse 56, CH-2542 Pieterlen BE, Fon 032 377 36 25, www.biz-fit.ch